

PLANZEICHENERKLÄRUNG

ART DER BAULICHEN NUTZUNG (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 des Baugesetzbuches - BauGB - § 1 - 11 der Bauordnungsverordnung - BauNVO -)

Mischgebiete (§ 6 BauNVO) mit Einschaltungen (s. auch Textliche Festsetzungen)

MASS DER BAULICHEN NUTZUNG (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, § 6 und § 7 BauNVO)

Zahl der Geschosse, als Höchstmaß

Grundflächenzahl (GFZ), als Höchstmaß

Geschossflächenzahl (GFZ), als Höchstmaß

DN: 21° - 45°

Zulässige Dachneigung

BAUWEISE, BAUGRENZEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, § 23 BauNVO)

offene Bauweise

Baugrenze (§ 23 BauNVO)

ZULÄSSIGKEIT VON NEBENANLAGEN

Nicht überbaubare Flächen der Lagekennzeichnung A

s. auch textliche Festsetzungen

PLANUNGEN, NUTZUNGSREGELUNGEN, MASSNAHMEN UND FLÄCHEN FÜR MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFEGERE UND ZUR ENTWICKLUNG VON NATUR UND LANDSCHAFT (PlanVO Nr. 13)

Erhaltung; Rotbuchenschnitthecke

s. auch textliche Festsetzungen

SONSTIGE PLANZEICHEN

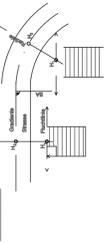
Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplanes (§ 9 Abs. 7 BauGB)

3. HÖHENLAGE DER BAULICHEN ANLAGEN

3.1 Höhe Erdgeschossfußböden

Die Oberkante des Erdgeschossfußbodens darf höchstens 0,50 m über natürlichem Gelände liegen, gemessen in der Mitte der Gebäudelängsrichtung, in deren Gelände-Projektionlinie die in ihrer Summe höchstgelegene Punktfolge gegeben ist. Sofern das natürliche Gelände tiefer liegt als die Straßenkante, kann aus entwässerungstechnischem Erfordernis die Oberkante Erdgeschossfußbodens höchstens 0,50 m über Straßenkante liegen. Gemessen wird der Höhenunterschied in der Mitte der straßenseitigen Gebäudelängsrichtung im rechten Winkel bzw. radial (in Kurven) zur Straßenachse (s. Skizze).

Skizze zu 3.1.



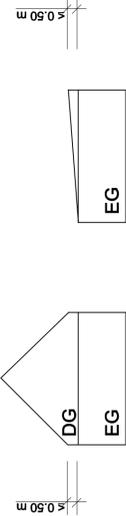
4. HÖHE DER BAULICHEN ANLAGEN

4.1 Trauf- und Firsthöhen

Für Gebäude, die eingeschossig errichtet werden, ist eine Traufhöhe von höchstens 3,50 m und eine Firsthöhe von höchstens 8,50 m zulässig; für Gebäude, die zweigeschossig errichtet werden, ist eine Traufhöhe von höchstens 6,00 m und eine Firsthöhe von höchstens 11,50 m zulässig. Gemessen wird zwischen Oberkante fertiger Erdgeschossfußboden und der Traufhöhe bzw. Firstlinie. Für An- und Umbauten können ausnahmsweise die Höhen der vorhandenen Gebäude zugelassen werden, auch wenn sie die Höchstwerte des 1. Absatz überschreiten.

5. DREMPSEL

Drempel sind nur an eingeschossigen baulichen Anlagen und nur bis zu einer maximalen Höhe von 0,50 m zulässig. Gemessen wird die Drempelhöhe an der aufsteigenden Außenwand zwischen Oberkante Geschosstecke und Oberkante Dachtrauf, das gilt bei Pultdächern ebenso für die höchste Dachsteile.



6. GRÜNDORNERISCHE FESTSETZUNGEN

6.1 Erhalt Rotbuchenschnitthecke

Die entlang der südlichen Plangebietsgrenze zu erhaltende Rotbuchenschnitthecke ist dauerhaft zu erhalten und bei Abgang in der darauffolgenden Planperiode zu ersetzen. Sie ist maximal 1,00 m über Gelände zu entwickeln. Es ist sicherzustellen, dass die notwendigen Sichtdreiecke dauerhaft für den Anfahr- und Abfahrverkehr freigehalten werden. Innerhalb der Hecke sind maximal zwei Zufahrten in einer maximalen Breite von jeweils 4,00 m zulässig.

6.2 Anpflanzen von Obstbäumen

Innerhalb des Plangebiets sind nach Fertigstellung des Bauwerks in der darauffolgenden Planperiode 2 Obstbäume der "Eifeler Obstbaumliste" der Städteregion Aachen anzupflanzen, zu pflegen und bei Abgang in der darauffolgenden Planperiode zu ersetzen. Qualität: Hochstamm, Stammumfang 10-12 cm, 2x verpflanzt mit oder ohne Ballen. - Die Obstbäume sind mit mindestens zwei Baumspähnen und geeignetem Bindematerial (Kokosstreck o.ä.) zu sichern. Die Anbindungen sind jährlich auf ihre Funktionstauglichkeit zu überprüfen bzw. zu erneuern. - Bei Obstbäumen ist ein Erziehungsschnitt (1x jährlich) in den ersten 10 Jahren durchzuführen. In den folgenden Jahren muss ein regelmäßiger Pflegeschnitt erfolgen.

B. HINWEISE

1. BODENKENNIALE

Bei Auftreten archäologischer Bodenteile und Befunde ist die Gemeinde als Untere Denkmalbehörde oder das Rheinische Amt für Bodendenkmalpflege, Außenstelle Nideggen, Zahmhofstr. 45, 52385 Nideggen, Tel. 02425-

9039-0, Fax: 02425-9039-199 unverzüglich zu informieren. Bodendenkmal und Fundstelle sind zunächst unverändert zu erhalten. Die Weisung des Rheinischen Amtes für Bodendenkmalpflege für den Fortgang der Arbeiten ist abzuwarten.

2. GEWÄSSERSCHUTZ

Alle anfallenden Schutz- und Niederschlagswasser sind der öffentlichen Kanalisation zuzuleiten. Dauerhafte Hausdrainagen dürfen nicht betrieben werden. Keller und Gründungen müssen entsprechend der Grund- und Schichtenwasseremissionsgeplante und ausgeführt werden. Für thermische Nutzungen (z.B. Wärmepumpen und Ähnliches) des Erdbereiches oder des Grundwassers ist eine wasserrechtliche Erlaubnis bei der Unteren Wasserbehörde der Städteregion Aachen zu beantragen.

3. GEOLOGIE

Gemäß der Technischen Baubestimmungen des Landes NRW ist bei der Planung und Bemessung üblicher Hochbauten die DIN 4149:2005-04 "Bauten in deutschen Erdbaugesteinen" zu berücksichtigen. Das Plangebiet, nach der "Karte der Erdbenenzen und geologischen Untergrundklassen der BRD - Nordrhein-Westfalen, 1:350 000 (Karte zu DIN 4149)" der Erdbenenze 2 in geologischer Untergrundklasse R zuzuordnen. Die DIN 4149:2005 wurde durch den Regelsetzer zurückgezogen und durch Teile 1, 1/A und 5 des Eurocode 8 (DIN EN 1998) ersetzt. Dieses Regelwerk ist jedoch bislang bauaufsichtlich nicht eingeführt. Anwendungsstelle, die nicht durch DIN 4149 abgedeckt werden, sind als Stand der Technik zu berücksichtigen. Dies betrifft hier insbesondere DIN EN 1998, Teil 5 "Gründungen, Stützbauteile und geotechnische Aspekte". Auf die Berücksichtigung der Bedeutungskategorien für Bauwerke gemäß DIN 4149:2005 bzw. Bedeutungsklassen der relevanten Teile von DIN 1988 und der jeweils entsprechenden Bedeutungsbeiwerte wird ausdrücklich hingewiesen.

4. BODENSCHUTZ

Beim Auf- und Einbringen oder der Herstellung einer durchwurzelbaren Bodenschicht sowie beim Um- und Zwischenlagern von Materialien sind die Anforderungen der DIN 19633, DIN 19731 und DIN 18915 zu beachten (§ 6 Abs. 9 der Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung).

Umgang mit Mutterboden nach § 202 BauGB:

Gemäß § 202 BauGB (Schutz des Mutterbodens) und gemäß DIN 18915 (Bodenarbeiten für vegetations-technische Zwecke) ist humoser belebter Boden von Bau- und Betriebsflächen gesondert abzutragen, zu sichern und bis zur späteren Wiederverwendung zu lagern, und als kulturfähiges Material wieder aufzubringen- vorzugsweise auf der Fläche der Entnahme als Rekultivierungsmaßnahme. Bodenverdichtungen und Gefüge-schädigungen sind bei Umsetzungsarbeiten zu vermeiden.

Umgang mit Bodenaustausch:

Bei Baumaßnahmen ist die obere Bodenschicht gemäß den einschlägigen Fachnormen getrennt vom Unterboden abzutragen. Darunter liegende Schichten unterschiedlicher Ausgangssubstrate sind entsprechend der Schichten zu behandeln und bei Abfuhr nachweislich vorschriftsmäßig zu entsorgen.

5. LEITUNGSSCHUTZ

Die Anlagen der Regionetz GmbH dürfen nicht überbaut werden. Zu diesen Versorgungsanlagen müssen folgende Regel-Mindestabstände eingehalten werden:

- Bei Strom/Signalkabeln: 0,30 m
- 110-kV-Kabeln: 1,00 m
- Gasrohrleitungen DN < 300: 0,50 m
- Gasrohrleitungen DN > 300: 0,80 m

Falls diese angeführten Mindestabstände zu den Versorgungsanlagen der Regionetz GmbH ausnahmsweise nicht eingehalten werden können, ist eine besondere Abstimmung mit den Verantwortlichen durchzuführen. Bei Baubetrieben, deren Sohle unter dem Niveau der Versorgungsleitungen liegt, ist zwischen Grabenwand und den Versorgungsleitungen ein ausreichender seitlicher Abstand einzuhalten, so dass eine Gefährdung der Anlagen mit Vorräten ausgeschlossen ist. Es ist besondere Sorgfalt auf den Grabenverlauf und die Verfüllung zu legen, um ein Nachsacken des Bodens und hierdurch einen Bruch der Versorgungsleitungen zu vermeiden. Das Bauverfahren ist so zu wählen, dass die vorhandenen Versorgungsanlagen nicht durch äußere Einwirkungen, z.B. Erschütterungen, Setzungen, Lasten usw. beschädigt werden.

Bei Setzungen werden die Versorgungsleitungen auf Kosten des Verursachers durch die Regionetz GmbH regelmäßig überprüft.

6. KRIMINALPRÄVENTION

Es wird auf das Beratungsangebot der Polizei zur baulichen Kriminalprävention im Rahmen der Bauantragstellung hingewiesen. Eine Terminabsprache unter der Telefonnummer der Polizeistellen Beratungsstelle KK/KPO Kriminalprävention/Opferschutz - unter 0241/9577-34401 ist erforderlich.

7. FLUGLÄRM

Das Plangebiet befindet sich im Bereich eines militärischen Fluggebietes. Hier ist mit Lärm- und Abgas-Immissionen zu rechnen. Es wird darauf hingewiesen, dass spätere Ersatzansprüche gegen die Bundeswehr nicht anerkannt werden können.

8. GESTALTUNGSSETZUNG

Im Plangebiet gilt die 3. Änderung der Gestaltungssetzung für den Bereich des Bebauungsplanes Konzen Nr. 1. Diese ist bei der Planung und Ausführung von Vorhaben zu beachten.

1. Aufstellungsbeschluss

Der Bau- und Planungsausschuss der Stadt Monschau hat in seiner Sitzung am beschlossen, die 4. Änderung des Bebauungsplans Konzen Nr. 1 - Kirchbruch - im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB aufzustellen.

Der Aufstellungsbeschluss wurde in der Zeit vom bis zum durch Aushang öffentlich bekannt gemacht.

Monschau, den

(Bürgermeisterin)

3. Satzungsbeschluss

Der Rat der Stadt Monschau hat den Bebauungsplan in seiner Sitzung amgem. § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.

Monschau, den

(Bürgermeisterin)

2. Öffentliche Auslegung

Der Bau- und Planungsausschuss der Stadt Monschau hat in seiner Sitzung am beschlossen, den Entwurf dieses Bebauungsplans gem. § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen.

Infolgedessen lag der Entwurf des Bebauungsplanes in der Zeit vom bis zum öffentlich aus. Zeitgleich wurden auch die Behörden gem. § 4 Abs. 2 BauGB beteiligt.

Monschau, den

(Bürgermeisterin)

4. Inhafttreten

Der Satzungsbeschluss ist gem. § 10 Abs. 3 BauGB durch Einlegung im Internet und über ein zentrales Internetportal sowie durch Aushang in den Bekanntmachungsstellen der Stadt Monschau am öffentlich bekannt gemacht worden.

Mit dem Tag der Bekanntmachung wurde der Bebauungsplan wirksam.

Monschau, den

(Bürgermeisterin)

5. Ausfertigungsvermerk

Der Bebauungsplan Konzen Nr. 1, 4. Änderung - Kirchbruch - ist vom Stadtrat als Satzung beschlossen worden. Es wird bestätigt, dass der textliche und zeichnerische Inhalt dieses Bebauungsplanes mit dem hierzu ergangenen Satzungsbeschluss vom übereinstimmt.

Monschau, den

(Bürgermeisterin)

Übersichtskarte



© Copyright der Städteregion Aachen 2025

ANLAGE:

1. Begründung
2. Ortsbaumliste Städteregion Aachen

Bearbeitung des Bebauungsplanes:

24-26-B



4. Änderung Bebauungsplan Konzen Nr.1 - Kirchbruch -

Gemarkung Konzen, Flur 8, Flurstück 901

M 1 : 500

Aufstellungs- und Offenlagebeschluss

im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB